

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Druckerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 2405.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die gewöhnlichen Preise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gemindert. Berechnungsbasis 50 Pf. Inserate werden bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegraph-Adress:** Dresden Volkszeitung.

Nr. 280.

Dresden, Freitag den 3. Dezember 1909.

20. Jahrg.

Die Präsidiumspolke.

So originell und anständig wie dieses Mal ist es wohl noch niemals bei der Wahl eines Reichspräsidenten hergegangen. In der Zusammenlegung des Präsidiums zeigten sich der politische Zustand ab, soweit es die bürgerlichen Parteien betrifft; denn der Sozialdemokratie verweigert man noch andauernd das ihr zustehende Recht. Die stärksten Parteien, die den politischen Kurs bestimmen, sitzen im Präsidium und die Partei, die als kurzweiligste gilt, besetzt den ersten Posten, stellt den Präsidenten. So zeichnet sich andrerseits in der Präsidentschaft, die gegenwärtig den Reichstag gleich bei Wiederaufnahme seiner Verhandlungen sieht, die Kräfte der gesamten bürgerlichen Parteienverhältnisse.

Die Zentrumspartei hatte bis zum Dezember 1906 den Präsidentschaft inne. Als das Zentrum aus den Wahlen wieder als stärkste Fraktion hervorging, sollte es durch den neuen Wahlblock auf die zweite Stelle verweisen werden. Das sollte es ab und schied gänzlich aus dem Präsidium aus. Das Präsidium wurde aus den Blöcken Parteien gebildet: Konservativ, national-liberal, freisinnig. Dieser ersten Verwirrung der Parteienverhältnisse, die Wilhoms Theaterpolitik angeht, folgte in diesem Sommer die weitere Episode, — Zerfall des Blocks, Annäherung der Konservativen an das Zentrum, Sieg des Zentrums über die Nationalliberalen.

Wie sollte nun diese neue Episode deutscher Reichspräsidenten bei der Präsidentschaftswahl zum Ausdruck gelangen? Unter normalen Verhältnissen würden das Zentrum den Präsidentschaft, die Konservativen den ersten Vizepräsidenten, die Liberalen den zweiten Vizepräsidenten zu stellen haben. Wir haben aber keine normalen Parteienverhältnisse. Das Zentrum wünscht jetzt gar nicht den ersten Posten wieder einzunehmen. Bedeutete im Herbst 1907 die Annahme des ersten Vize für das Zentrum eine Demütigung, so bedeutet sie jetzt die Befestigung seines Aufstiegs aus dem Zustande der „Ausgleichung“. Dies genügt jetzt dem Zentrum vollständig, diese Partei ist klug genug, ihren Sieg nach außen hin nicht allzu deutlich erscheinen zu lassen, sie läßt lieber dem konservativen Grunde den Vortritt, um in vorläufiger Zurückhaltung tatsächlich um so einflussreicher zu sein. Und die Konservativen gehen brutal über die jahren Erinnerungen aus der Zeit ihrer Paarung mit den Liberalen hinweg, sie sind auch nach der „Finanzreform“ bereit, mit dem Zentrum das politische Geschäft zu betreiben.

Am eigentümlichsten ist jetzt die Situation der Nationalliberalen. Die Freisinnigen sind sowohl nun wieder beiseite getrieben, alle Regierungskreise und alle Entmannungskreise der inneren und äußeren Meinungen werden vergeblich und nähern nun zu nichts mehr. Aber die Nationalliberalen sollten gnädig zum Zentrum Präsidium zugelassen werden, Herr Baasche sollte vom ersten zum zweiten Vize herabgesetzt werden, Baasche sollte vom ersten zum zweiten Vize herabgesetzt werden, er sollte dabei sein dürfen. Ja, die Konservativen und das Zentrum legen sogar besonderen Wert darauf, Herrn Baasche mit im Präsidium zu haben, damit das Präsidium nicht ein einseitig konservativ-liberales Gepräge habe und damit allzu deutlich der politische Stand der Dinge gezeigt würde. Auch die Regierung möchte offenbar, daß die Nationalliberalen sich anschießen und die Annäherung aller bürgerlichen Parteien befördern möchten. Die armen Nationalliberalen fanden vor einem schweren Entschluß. Sie waren immer Regierungspartei, sie waren immer im Präsidium vertreten, sie hatten stets über die „bloße Opposition“ von Oppositionsparteien gesprochen. Was sollten sie nun tun? Wie die nationalliberale Presse erzählt, hat es lange schwierige Beratungen gekostet und haben diese ernsten Bedenken überwunden werden müssen, bis sich die nationalliberale Fraktion zu dem schließlichen Entschluß durchrang, ihren Baasche zur Ablehnung des zweiten Vizepräsidentenpostens zu bestimmen. Die parteilich die Nationalliberale Korrespondenz verteidigt diesen Beschluß der Fraktion wie folgt:

Es handelt sich im Grunde nur um eine Frage der Reihenfolge. Nachdem Monate hindurch von den Nationalliberalen der denkbar schärfste Kampf gegen die neue Mehrheit geführt worden war, hätte man ein anderes Vorgehen im Volkstum verstanden. Der Kampf soll ja auch künstlich in weiter gehen. Nach wie vor wollen wir gegen die grobgründigen Interessenpolitik protestieren, gegen das dreifache Hervortreten des Egoismus und die Rücksichtslosigkeit, mit der das Zentrum alle Grundrechte in den Reichstag zu bringen weiß. Wenn nur das Parteiverhalten darum ruhiger droht. Da hätte es wie ein Versehen in der Situation angemeldet, wie ein Verlassen der geraden Linie, durch die wir uns durchzusetzen die Nationalliberalen in den letzten Monaten so viel alle Freundchaft sich gefolgt, so viel neue hinzugewonnen haben, wenn sie nun wieder mit von der Partei gemeint wären und wieder (wie man im Osten sagt) „Wass Brot“ mit allen denen, die sie bisher eifervoll bekämpft hatten. Darum war es logisch und war es auch politisch klug, daß die Nationalliberalen jetzt abseits gehen. Nicht, als ob sie man in die Opposition abzuwenden wollten und grundsätzlich aus Verbitterung kein lassen. Im Gegenteil: mit veredeltem Fleiß gedanken sie in Zukunft an allen Aufgaben positiv und schärflich mitzuwirken. Aber mit Zentrum und Konservativen über die Richtung des Präsidiums sich zu einigen, leben sie keinen Grund. Das ist das Gewerbe der neuen Rechte wegen, ein Sinnbild sein dieser schmerzvollen Union, die den Block vertritt, dem stärksten Blöckler und dem deutschen Volk wohl ein Vorkurs drückender Steuern, oder keine Finanzreform bedeutet hat.

Diese Verteilung der nationalliberalen Präsidentschaftswahlzeit ist in aller Rücksicht die protestierte Situation, in die sich die Nationalliberalen immer mehr hineinrubern. In der Tat, es ist konsequent, wenn die

Nationalliberalen jetzt am Präsidium nicht teilnehmen wollen. Aber — und daraus entspringt das unsagbar Komische der nationalliberalen Taperlei — es ist die Konsequenz aus einer unsinnig fehlerhaften Politik, die sie mit Wilhoms die Jahre durch betrieben haben. Die Liberalen haben die bürgerliche Politik, die eine Schwimmbelkonstruktion war, ernst genommen, sie haben durch ein Bündnis mit den Konservativen liberalere Zeiten zu erringen vorgeschlagen. Ziehen sie nun aus diesem politischen Wahn die Konsequenz, so müssen sie wiederum mit ihrem eigenen Wahn in Widerspruch geraten. Indem die Nationalliberalen sich durch Wilhoms vertieren ließen, daß sie unter Ausschaltung des Zentrums die erste Geldrolle spielen könnten, sind sie nun zu politischen Kurzeleumungen gelangt, die sich zu ihren wohlwollenden Figuren doch drollig ausnehmen. So kommt es, daß die Nationalliberalen Korrespondenz das neue nationalliberale Wunder verkündigt: die Nationalliberalen sind nicht mehr „von der Partei“, sie „lieben abseits“, aber — das heißt nicht etwa, als ob sie nun Opposition machen wollten, im Gegenteil, sie wollen „positiv und schärflich mitarbeiten“. Mit wem denn? Mit denselben Parteien, mit denen sie nicht „von der Partei“ sein wollen, von denen sie sich abseits trennen. Der nationalliberale Kommerziant, der konsequent abseits geht, um keine Opposition zu machen, das ist wahrhaft eine neue Gestalt im politischen Leben Deutschlands, die uns ungewöhnliche Erheiterung bereitet.

Den Wägen der Konservativen soll es gelungen sein, in der Person des Erbprinzen v. Hohenlohe-Langenburg den dritten Mann gefunden zu haben. Der in Göttingen gewählte Erbprinz ist Hospitant der rechtskonservativen Partei. Er ist in höchsten Kreisen sehr bewandert. Dafür ist er politisch und parlamentarisch so ungeachtet wie möglich, was er vor einigen Jahren als Kolonialdirektor reichlich bewiesen hat.

Der Staatsstreich der Lords.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 1. Dezember.

Die politische Krise hat ihren Höhepunkt erreicht. Die beispiellose Spannung der letzten Tage, das unerträgliche Gefühl des Zweifels und der Unsicherheit ist vorüber und wir haben mit vollendeten Tatsachen zu rechnen. Mit 300 gegen 75 Stimmen hat das Haus der geborenen Oberherren den Antrag Lord Lansdownes sich zu eigen gemacht und somit das Budget verabschiedet. Woran die Volkvertretung sechs Monate unablässig debattiert und gearbeitet hat, das haben die privilegierten Junker mit einem Schläge übermächtig zertrümmert. Bis zum letzten Augenblick herrschten Zweifel und Hoffnung in der politischen Welt. So sehr die Aussicht auf einen plötzlichen Rückgang der Lords mit jedem Tag mehr und mehr zusammenschwamm, man wollte es nicht glauben, daß sie wirklich den Mut haben würden, die bisher unbeschränkten Rechte der Volkvertretung, die durch den Brauch der Jahrhunderte geheiligte Verfassung anzutasten. Um so größere Ueberraschung haben die Zahlen der Abstimmung gebracht. Nicht mehr als 75 Lords haben sich gefunden, die bereit gewesen wären, ihre Achtung vor der bestehenden Rechtsordnung durch ihre Stimmabgabe zu bezugen. Mit beinahe Hünischtelmehrheit hat sich das Oberhaus für die Revolution erklärt, und sich mit Hals und Kopf in einen Kampf gestürzt, dessen Ausgang kein Mensch voransagen kann.

Denn mit der Entscheidung des Oberhauses ist eine Situation eingetreten, die weder die Lords noch auch die Liberalen nimmern kontrollieren können. Die Junker haben nicht nur den Liberalen, sondern dem ganzen englischen Volke den Fehdehändel hingeworfen. Sie wollen dem gemeinen Volke Englands die Rechte entreißen, die sich ihre Vorfahren vor Jahrhunderten in schweren Kämpfen errungen haben. Auf die Tat der Lords kann nur ein bitterer Entscheidungskampf folgen, gleichviel ob sich die Liberalen zu diesem Kampfe bereit finden oder nicht. Für faule Kompromisse ist es nunmehr zu spät. Wenn sich das liberale Bürgertum zu einem Entscheidungskampfe nicht mehr aufzurufen vermag, dann wird es in dem kommenden Konflikt zu allererst erdrückt werden. Denn es ist undenkbar, daß sich das englische Volk, das auf seine freiheitlichen Institutionen so stolz ist, im 20. Jahrhundert von einer feudalen Junkerkaste seines Selbstbestimmungsrechtes berauben lassen wird. Wenn die liberale Partei nicht den Mut und die Kraft besitzt, die Rechte des Volkes vor den unerschämten Anschlägen der Reaktion zu verteidigen und wirksam zu unterstützen, dann wird das englische Volk ganz gewiß dem stärksten, mutigeren und verlässlicheren Vertreter seiner Lebensinteressen, nämlich der Arbeiterpartei, sein Vertrauen zuwenden.

Wahrscheinlich ist das englische Unterhaus vielleicht die mächtigste Faktor im englischen Staatsleben. Wohl haben die Lords eine große Anzahl von Unterhaus-Vorlagen zu verschiedenen Zeiten abgelehnt, aber nur dann, wenn sie ganz genau wußten, daß die betreffenden Vorlagen dem Volke gänzlich gleichgültig waren, wie die Schulvorlage und die Schanzvorlage der gegenwärtigen liberalen Regierung. Wo aber auch nur die leiseste Ahnung der arbeitenden Klassen auf die Durchführung einer Gesetzesvorlage wirklich Wert legten, da haben die Lords es stets verabschiedet, von ihrer Höhe herabzukommen und sich, wenn auch zögernd, zu fügen. Es ist nur nötig, auf die Trade-Disputa

Act hinzuweisen, um die Wichtigkeit dieses Satzes klarzumachen. Soweit das Oberhaus in Betracht kam, war der Volkswille, wenn er sich nur deutlich äußerte, stets souverän. Und als letzten Trumpf hatten das Unterhaus und die Regierung des Tages stets das Budget, die Finanzen, zur Verfügung, die nach allgemeiner Auffassung dem Wirkungsbereich des Oberhauses völlig entzogen waren. Das alles ist nun mit dem Vorstoß der Lords gänzlich anders geworden. Die Lords sind, wenn ihr Staatsstreich gelingt, von nun an die Herren im Staate, und das stolze englische Unterhaus sinkt zur Bedeutungslosigkeit der dritten russischen Duma oder des finnischen Landtags herab.

Die Augen der ganzen Welt sind jetzt auf die liberale Regierung gerichtet. Wird sie sich der geschichtlichen Stunde gewachsen erweisen? Wir zweifeln daran. Schon das Schlußwort Lord Cromwells, des Vertreters der Regierung im Oberhaus, war so ängstlich und lendenlos wie nur möglich. Anstatt den Lords die unausweichlichen Folgen ihres Staatsstreiches klar zu machen, anstatt ihnen den Kampf bis zum Messer anzukündigen, begnügte er sich mit einer höflichen und zahmen Widerlegung der Argumente der Lords. Auch der Umstand, daß das Parlament erst bis Januar vertagt und nicht sofort aufgelöst werden soll, zeugt nicht gerade von Entschlossenheit auf der Seite der Regierung. Wie dem auch sei, die liberale Partei hat ihr Schicksal in der eigenen Hand. Die Ereignisse der nächsten Wochen werden nicht bloß die Zukunft des Oberhauses und des englischen Geburtsstades entscheiden, sondern auch die Zukunft des Liberalismus in England.

Unterhaus-Debatte.

London, 2. Dezember. Das Unterhaus war nicht besetzt. In Begründung seiner Resolution sagte Premierminister Asquith, das Haus sei in eine Lage gekommen, die in der Geschichte des Parlamentes ohne Beispiel sei. Als das Budget das Haus der Gemeinen verließ, habe es in größter Nähe als irgendeine andere Vorlage das wohlverdienende Werk der Volkvertreter dargestellt. Im Laufe einer Woche sei diese ganze Arbeit in Grund und Boden getreten worden. Zum ersten Male in der englischen Geschichte seien die vom Unterhause bewilligten Steuern abgesehen, wenn das Haus auch nur einen Tag vergeblich lege, ohne darüber Arbeit zu schaffen, daß es nicht gelassen sei, die schwersten Schäden und die unerträglichsten Ueberrückste, die ihm seit zwei Jahrhunderten widerfahren seien, zu ertragen. Er erklärte die Zustimmung für lächerlich, daß die Regierung ein neues Budget einbringen und es der Zustimmung oder Ablehnung der Lords unterbreiten solle. Lord Lansdowne und Lord Crawford hätten angedeutet ihre Zustimmung zugesagt. (Gelächter und Aufse: Wir brauchen sie nicht!) Ein solcher Vorstoß wäre in Wirklichkeit die Anerkennung des Rechts der Lords, nicht allein das jährliche Budget abzuschneiden, sondern es auch abzuändern. Nach der Ansicht der Regierung sei der alleinige Weg, den sie einschlagen könne, ohne das Gesetz oder die Verfassung zu verletzen, dem König anzufragen, das Parlament so rasch wie möglich aufzulösen. Der König habe diesen Vorschlag angenommen.

Wenn die Regierung so glücklich sein werde, das Vertrauen des Unterhauses zu genießen, würde ihre erste Handlung sein, alle in der Finanzbillien enthaltenen Steuern und Abgaben mit Wirkung von dieser Woche an wieder zu erhöhen und alle bisherigen Steuererleichterungen und Zahlungen für rechtmäßig zu erklären. Mittlerweile müßen alle, die ihre Steuern entrichten wollen, diese zu dem genehmigten Satze eingahlen. Alles Bedenke im Oberhause, die Vorlage vor das Reich bringen zu wollen, sei nur Gefährdung gewesen. Die Lords hätten das Finanzgesetz verworfen nicht aus Liebe zum Volke, sondern aus Haß gegen das Budget.

Balfour erklärte, die Lords hätten sich klar an den Vorschlag und Geist der Verfassung gehalten. Er hoffe, die Macht der Lords würde niemals beschränkt werden. Die Vermittlungen, die zu führen, seien kleinlich und schädlich für das öffentliche Interesse. Bei ihrem Vorgehen hätten die Lords durchaus pflichtgemäß gehandelt. Das Land werde ihr Vorgehen billigen.

Die Resolution Asquiths, die das Vorgehen der Lords als Verfassungsbruch charakterisiert, wurde mit 340 gegen 181 Stimmen angenommen.

Vom Fleischwucher.

k. Zum Sturm ruft die Deutsche Tageszeitung die Vöndler auf. Sie will immer deutlicher und zahlreicher Anzeichen dafür wahrgenommen haben, daß die beherrschende Neurologische Seite zu einem Generalsturm gegen die einheimische Fleischproduktion benutzt werden soll. Weider ist von dem beherrschten Antium der bürgerlichen Parteien gegen den frowelhaften Fleischwucher und die Sperre gegen die Fleischpreise nichts zu merken, obwohl gerade die gegenwärtigen Fleischpreise und ihre fortwährende Steigerung zu einem solchen Vorgehen antreiben müßten.

Ganz abgesehen von den schwebenden Verhandlungen über die Handelsbeziehungen mit Amerika ist die Aufhebung des völligen Verbots der amerikanischen Vieh- und Fleischzufuhr aus allgemeinen nationalen wirtschaftlichen Gründen gefordert, denn nicht einer der Gründe, die zu diesem Verbot geführt haben, ist stichhaltig, es dient einzig und allein dem Zweck, dem Fleischwucher das deutsche Volk wehrlos preiszu-

umfassen

Die die meiste...
Zwei...
ber...
es...
mit...